

17.04.2018

Antrag

der Fraktion der SPD

Zuführung zum Pensionsfonds auch in den nächsten Jahren erhalten

I. Ausgangslage

Mit dem Pensionsfonds hat die rot-grüne Landesregierung 2015 den Grundstein für eine haushälterische Absicherung der Pensionszahlungen für die nächsten Jahrzehnte gelegt.

Der Pensionsfonds verfügt nach der Zusammenlegung von Versorgungsrücklage und -fonds derzeit über ein Vermögen von fast 11 Mrd. €.

Im Haushaltsjahr 2017 wurden dem Pensionsfonds weitere 800 Mio. € zugeführt.

Allerdings haben sowohl die Koalitionsfraktionen wie auch die Landesregierung von der gesetzlichen Möglichkeit gebraucht gemacht, sich diese Zuführungen auf die Folgejahre anrechnen zu lassen. Somit wird im Haushaltsjahr 2018 nicht die gesetzlich vorgeschriebene Summe von 200 Mio. € in den Pensionsfonds eingezahlt, sondern 0 €.

Auf die Kleine Anfrage (Drs. 17/1813), ob Finanzminister Lienenkämper plant, auch in den kommenden Haushaltsjahren eine solche Anrechnung vorzunehmen und damit eine geringere oder auch gar keine Zuführung plant, wurde keine klare Antwort gegeben.

II. Der Landtag stellt daher fest:

- Mit dem Pensionsfonds und seinem derzeitigen Volumen ist eine solide Grundlage geschaffen, um die Versorgungszahlungen der Beamtinnen und Beamten haushälterisch auch zukünftig abzusichern.
- Die gesetzlich vorgeschriebene Zuführung von jährlich 200 Mio. € ist im Bundesvergleich die höchste Zahlung.
- Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wurde auf eine Entnahme bisher verzichtet. Dies ist ein gutes Signal an die Beamtinnen und Beamten des Landes.

Datum des Originals: 17.04.2018/Ausgegeben: 17.04.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- in den kommenden Jahren die Zuführung von 200 Mio. € im Haushaltsplan verbindlich vorzusehen,
- keine Entnahmen aus dem Pensionsfonds zu tätigen.

Norbert Römer
Marc Herter
Martin Börschel
Stefan Zimkeit

und Fraktionen